Neues Deutschland

13.01.2010 / Inland / Seite 5

Willkommen im Jahr null

Die Grünen 2010: Waschmittel für Konservative oder ökologisch-sozialer Internationalismus?

Von Robert Zion

30 Jahre sind die Grünen nun alt. Doch ist es zum Jubiläum eigenartig still um die Partei geworden und in den wenigen unter Tagesaktualität verbuchten Kommentaren wird ihr dann auch gleich der Stempel ihrer zukünftigen Normalität aufgedrückt: »Partei der linken Besserverdienenden« (Süddeutsche), »Scharnierpartei« (Frankfurter Rundschau). Über die Geschichte der Partei muss hier nichts mehr erzählt werden. So hat mit Ludger Volmer einer der zentralen Figuren der Parteigeschichte just zum Jubiläum eine analytisch kluge Bilanz der dreißig Jahre geschrieben und dabei die Geschichte der Partei – frei nach Marx – auf den Begriff gebracht: »Alle grüne Geschichte war eine Geschichte von Flügelkämpfen.« Und dabei galt spätestens seit Mitte der neunziger Jahre stets: »Die Linken hatten die Meinung, die Rechten die Macht.«

Nun scheint in dem Jahr, das einer von den Grünen mitbeschlossenen Agenda ihren Namen gegeben hat, die Frage der Macht die alles entscheidende zu werden. Spätestens dann, wenn nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai sich endgültig entscheiden wird, ob die Grünen den Weg einer Scharnierpartei zu gehen gewillt sind. Damit würden sie den Konservativen nicht nur ein gehöriges greenwashing verpassen, das diese zur eigenen Modernisierung und als Wettbewerbsvorteil auf absehbare Zeit gegenüber der SPD nur allzu gerne hätten. Es würde auch die Zusammensetzung des grünen Waschmittels gründlich ändern.

Denn das Wachstumsdogma der Enkel Ludwig Erhards verträgt gerade einmal ein wenig »Umweltschutz«, mit politischer Ökologie, einst normatives Zentrum der Grünen, hätte dies nichts mehr zu tun. So wie die FDP ab 1982 ihre zuletzt in den »Freiburger Thesen« von 1971 niedergelegte lange historische Tradition des Liberalismus zugunsten der Macht an der Seite des deutschen Konservativismus geopfert hat, so würden die Grünen ihre – wenn auch kürzere – Tradition des ökologischen Humanismus wohl endgültig einbüßen. Dass sie dabei in der Folge ebenso wie die FDP in den Achtzigern zur Funktionspartei im Fünf-Prozent-Ghetto werden könnten, ist nicht gänzlich ausgeschlossen.

So hängt denn im dreißigsten Jahr des Bestehens der Grünen alles an ihrer politischen Substanz. Die oft beschriebene Normalisierung der Partei, die eigentlich eine mediale Veroberflächlichung und Normierung ihrer Fragestellungen ist, ist dabei eher eine ständige Verlockung für ihr Spitzenpersonal als ihr wirklicher Zustand im Jahr 2010. Dieser Zustand unterscheidet sich vielmehr kaum von dem der beiden anderen linken Parteien: Es ist das Warten auf andere Rahmenbedingungen, auf die Rückkehr des Politischen in einer Republik, deren ökonomischer und sozialer Grundkonsens sich längst aufzulösen begonnen hat. Daher auch die hartnäckige Erzählung von Schwarz-Grün von »FAZ« bis »taz«, in der sich wohl zum allerletzten Mal eine bürgerliche Hoffnung ausdrückt, den Kompromiss zwischen dem konservativen und dem progressiven Bürgertum zur Bewahrung der Republik Ludwig Erhards herzustellen.

Diese Bundesrepublik hat der französische Philosoph Michel Foucault bereits in den siebziger Jahren »einen radikal ökonomischen Staat« genannt, in dem das »kontinuierliche Wirtschaftswachstum eine erloschene Geschichte abgelöst« hat.

Nun hat aber die Globalisierung dazu geführt, dass sich Wachstum nur noch in der Überakkumulation des Kapitals und in den Finanzmärkten niederschlägt. Nun sind dessen ökologischen Grenzen längst erreicht und ist die Sozialpartnerschaft, die das Wachstum bisher in die Wohlfahrts- und Arbeitsgesellschaft der Bundesrepublik übersetzt hat, längst einseitig aufgekündigt. Und darum wartet die Linke. Vielleicht auch auf das zu erwartende Waterloo der Konservativen, doch sie wartet vor allem, weil die Rückkehr zum Politischen auch eine Wiedererweckung der Nation zu werden droht. Doch warum sollte das Warten nicht genutzt werden können, um die Organisationsfrage innerhalb der Gesamtlinken endlich anzugehen und in den Austausch untereinander über die Alternativen einzutreten?

Das Angebot, das die Grünen dabei machen könnten, hat wiederum Ludger Volmer formuliert: »Die Lebenschancen und die Lebensqualität aller Menschen unter Achtung des globalen ökologischen Gleichgewichts auf möglichst hohen

Niveau anzugleichen.« Und grüner als ein wenig nationale Macht mit den Konservativen ist dieser ökologisch-soziale Internationalismus allemal. Claudia Roth hat dieser Tage Recht: »Wir müssen radikaler werden.«

Der Philosoph, Sozialpädagoge und Parteilinke Robert Zion, 1966 geboren, ist Vorstandssprecher der Grünen im Kreisverband Gelsenkirchen.

URL: http://www.neues-deutschland.de/artikel/162914.willkommen-im-jahr-null.html

der Freitag

Positionen

Projekt Linke Mitte | 27.01.2010 12:30 | Robert Zion

Eine Mehrheit ist noch keine Agenda

Lasst uns über ganz reale Interessen und Machtfragen reden! Plädoyer für ein sozial-ökologisches Transformationsprojekt, das diesen Namen auch verdient

Gefahr aus der Mitte. Die deutsche Politik rutscht nach rechts – so der Titel eines jener Politikerbücher, die insbesondere vor Wahlen gerne einmal auf den Markt geworfen werden. Das Buch stammt von 1993 und sein Autor heißt Jürgen Trittin. 2001 hielt es ein kleiner Göttinger Verlag dann wohl für notwendig, das Buch erneut aufzulegen, um dann noch einmal vier Jahre später mit einer Zusammenstellung von Politikersprüchen zu resümieren: *Die Mitte ist rechts von links. 600 flach- & tiefgründige Weisheiten aus der Welt der Politik*.

In der Tat und bezogen auf die Debatte heute an diesem Ort: „Da es alles andere als klar ist, was mit ‚Linker Mitte' gemeint ist" (Peter Siller), scheint die Gefahr, dass diese Debatte wieder einmal nicht viel mehr als eine „Positionierung im politischen Markt" (Alfred Pfaller) wird, nicht gänzlich ausgeschlossen. Schon Bemerkungen, wie jene, die SPD müsse heute „ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft verteidigen, die verloren gegangenen Randbereiche der Mitte zurückerobern" (Carsten Schneider), oder Befürchtungen eines „sozialpolitischen Linksrutsches" (Cem Özdemir), tendieren dann wieder eher zu habituell abgeleiteten Flach- statt zu tiefgründigen politischen Weisheiten.

Gehen wir die ganze Sache lieber vollständig anders an und nennen wir das „Gespenst der politischen Mitte" einen „Irrglauben", vielleicht sogar eine „Blindheit für das Leben" und stellen wir einfach fest: „Die politische Mitte in Deutschland war nie ein fester Ort", sondern ist definitorisch „die Deutungshoheit in der Gesellschaft". Diese höchst bemerkenswerten Worte stammen übrigens sämtlich vom aktuellen Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie. Daher kann man dem Bekenntnis in dieser Debatte des aktuellen Vorsitzenden der Grünen nur zustimmen: „Die SPD hat mit Sigmar Gabriel offenbar den richtigen Mann an die Spitze gewählt." Endlich! Nehmen wir die Worte Gabriels aber tatsächlich ernst, ebenso wie Özdemirs Angebot, dass es um nichts weniger als um einen „neuen Gesellschaftsvertrag" geht, dann sollten wir uns über die Größe der anstehenden Aufgaben für das Projekt „Linke Mitte" keinerlei Illusionen machen.

Eine rein rechnerische Mehrheit ist noch lange keine politische Agenda, schon gar nicht in Zeiten, in denen gesellschaftliche Transformationsprozesse anstehen, die nahezu alle wesentlichen Politikbereiche umfassen. Ohne gemeinsame Substanz wird es also nicht gehen. Um solch eine Substanz (wortwörtlich: das Zugrundeliegende) zu erreichen, bedarf es zuallererst der gemeinsamen Analysen. Und da Analysefragen immer Fragen der Wahrnehmung sind, und da andererseits die Wahrnehmung immer eine Frage der jeweils eigenen Perspektive, wobei diese Perspektive wiederum vor allem eine Frage von Grundüberzeugungen ist, braucht es darüber hinaus auch eine Verständigung über die eigenen Grundüberzeugungen. Dann und nur dann, wenn SPD, Grüne und Linke in den eigenen Reihen und untereinander sich wieder solchen Fragen stellen wollen oder können, dann bestünde eine Chance, den Transformationsprozess zu bestehen und nicht in ihm unterzugehen.

Symbolische Diskurse der Konservativen

Denn: Ist uns eigentlich allen noch bewusst, dass die Konservativen im gesellschaftlichen Transformationsprozess keine politische Agenda brauchen? Der Konservativismus ist per se das Streben nach der Aufrechterhaltung eines Ordnungsgefüges. Ende der Geschichte. Seine Hegemoniefähigkeit besteht darin, Transformationsprozesse in Anpassungsprozesse umzudeuten, historische Veränderungen in rein symbolische Diskurse über „Wertefragen".

Dementsprechend bestünde unsere Aufgabe daher vor allem darin, Sigmar Gabriels Anspruch der „Deutungshoheit in der Gesellschaft" nicht als Wertediskurs zu führen, sondern als Diskurs über ganz reale Interessen und Machtfragen, kurz: „Wer die ökologisch-solidarische Wende will, muss versuchen, die realen Kräfte zu identifizieren und zu bündeln, die dieses Feld offensiv tragen können." Präziser ausgedrückt: „Wenn diese beiden sozialen Schichten – das untere Drittel und die ökologisch und sozial sensibilisierten Mittelschichten – und in ihnen in besonderer Weise die Frauen das markanteste Interesse an grundlegenden Änderungen von Gesellschaftsstruktur und Lebensweise verspüren, dann muss es Aufgabe unserer Politik sein, einen solchen Interessenausgleich zu organisieren, damit sie gemeinsam ein Bündnis für eine Strategie der Transformation zu bilden bereit sind."

Nicht am runden Tisch aushandelbar

Diese Sätze stammen übrigens von 1993 und von einem Grünen, doch nicht aus dem Buch von Jürgen Trittin, sondern von Ludger Volmer und wurden unter dem Titel *New Deal statt Zweidrittel* in der *Tageszeitung* veröffentlicht. Und wenn denn der Begriff „Linke Mitte" überhaupt einen Sinn machen sollte, dann nur in dieser Richtung, als gemeinsames Transformationsprojekt, in das SPD, Grüne und Linke heute jeweils ihre Wählerinteressen in einen politisch hegemoniefähigen Interessenausgleich zu überführen haben. Aber solch ein neuer Gesellschaftsvertrag wird mal nicht eben so an runden Tischen oder in Koalitionsverhandlungen ausgehandelt – vor solch technokratischen Verschlimmbesserungen der Riesters, Gersters und Hartz' sollte nun hinreichend gewarnt sein.

Eine Gesellschaft in der Veränderung ist kein Verwaltungsgegenstand. Der Humanismus entstand ebenso wenig in den Schreibstuben des Vatikans, wie die Demokratie in den Schlössern der Monarchen, beide haben sich konstituiert. Wie also ein solcher sozial-ökologischer Transformationsprozess als politischer Konstitutionsprozess auszusehen hat (und dies unter möglichst demokratischen und friedlichen Bedingungen), wie eine „Gesellschaftsstruktur und Lebensweise" verändert werden kann ohne in die Falle konservativer Symboldiskussionen („Bewahrung der Schöpfung") zu laufen, diese Fragen müssen wir heute gemeinsam beantworten.

Ein paar Themenfelder

Um aber nicht gänzlich im Allgemeinen zu verbleiben, seien noch einige der Themenfelder angeführt, die mit einem sozial-ökologischen Transformationsprozess verbunden sein könnten: Entkoppelung von Lohnarbeit und Einkommen und Entwicklung eines neuen Arbeitsbegriffs; Umstellung der Wertschöpfungsbasis auf eine postindustrielle und postfossile, an Naturgrundlagen gebundene Humanwirtschaft; neue Eigentums- und entsprechende Rechtsformen (Gemeingüter, Gemeinrecht); Ausweitung von autonomer Eigenproduktion und demokratischer Selbstverwaltung; Besteuerung von Wertaneignung (statt von Wertschöpfung); Entwicklung übernationaler Friedens- und Klimapolitik.

Man ahnt es bereits und es wurde ja in der Debatte bereits angedeutet: „Veränderung nur vom Staat her gedacht" (Ingo Stützle), wird allein keinen solchen Konstitutionsprozess mehr bewirken. Dies war übrigens einer der Gründungsimpulse der Grünen. Und neue Impulse gibt es heute genug. Nur müssen wir wieder eine Sensibilität dafür entwickeln, um diese auch wahrnehmen zu können. Denn

vielleicht sind wir sogar weiter, als wir es zuweilen selbst wahrnehmen: Als ich die eben genannten Transformationsprojekte im November 2009 Teilen der SPD-Linken vorstellte, wurde dem nicht mehr widersprochen.

der Freitag Artikel-URL: http://www.freitag.de/positionen/1004-projekt-linke-mitte-zion

---

Copyright © **der Freitag** Mediengesellschaft mbh & Co. KG

der Freitag

09.02.2010 09:06 Robert Zion

Unter einem Politikwechsel sind die Grünen nicht zu haben

Von Robert Zion

„Wenn die politische Rechte die Testwahl in Nordrhein-Westfalen gewinnt, hat sie freie Bahn zur Zerschlagung der gesetzlichen Krankenkassen und freie Bahn für eine Umverteilungspolitik zugunsten der Besserverdiener", so der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie Sigmar Gabriel noch während des Landesparteitag der NRW-Grünen in Essen. In der Tat wird es bei der Landtagswahl im Mai, so Gabriel, „um die Zukunft von ganz Deutschland" gehen. Doch als reine Verhinderungskoalition wird das Mitte-Links-Lager entweder mit Rot-Grün oder Rot-Grün-Rot in Düsseldorf niemanden überzeugen können. Ein Regierungswechsel mag vielleicht hier und da noch als Machtwechsel wahrgenommen werden, ein Politikwechsel ist es aber noch lange nicht. Und unter einem solchen Politikwechsel, und das ist die eigentliche Botschaft aus Essen, werden die Grünen nicht zu haben sein.

Ganz abgesehen davon, dass der medial zum x-ten mal wiederholte und allmählich vollkommen inhaltslos gewordene Thriller „Machen es die Grünen nun endgültig mit den Schwarzen" nicht auch noch mit einem schräg klingenden Soundtrack aus Berlin begleitet werden sollte (Renate Künast: Der „Machtinstinkt der Grünen ist groß"), werden sich die zur Wahl stehenden Alternativen bis zum Wahltermin im Mai ohnehin noch deutlicher abzeichnen. Spätestens dann, wenn es Jürgen Rüttgers dämmern wird, dass ein von Umfragwerten getriebener Ministerpräsident, der sich als Alternative zum bisherigen Regierungshandeln und zur eigenen Partei verkauft, wohl kaum Aussichten auf eine Wiederwahl haben wird. Wann hat es das eigentlich jemals gegeben, dass ein regierender CDU-Ministerpräsident gewissermaßen den totalen Oppositionswahlkampf ausruft – gegen das eigene Lager und gegen die real existierende Opposition?

Worum es hingegen aus grüner Sicht in Nordrhein-Westfalen wirklich gehen wird, hat der Landesvorsitzende Arndt Klocke in Essen auf den Punkt gebracht, um nichts geringeres als um die „politische Systemfrage". Dies haben die Delegierten dann auch klar und unmissverständlich in der Wahlaussage beschlossen: „Wir wollen keine kleine grüne Kurskorrektur, sondern den sozial-ökologischen Politikwechsel in NRW: Die ökologische Transformation der Wirtschaft, den sozialen Aufbruch, eine Bildungsrevolution, eine konsequente Politik gegen Atom und Kohle, eine Offensive für Bürgerrechte und Datenschutz, sowie eine geschlechtergerechte und weltoffene Gesellschaft. Wenn es hierfür eine belastbare parlamentarische Mehrheit im kommenden Landtag gibt, stehen wir für eine Koalition zur Verfügung. Für uns ist Regieren kein Selbstzweck, sondern muss einen sozial-ökologischen Politikwechsel zum Ziel haben."

Ein Blick in das in Essen beschlossene Wahlprogramm der Grünen, das diese gesellschaftlichen Ziele bis in einzelne Projekte hinein definiert, dürfte dann Rüttgers auch sehr schnell die Hoffnung auf ein wenig Greenwashing der Konservativen durch die Grünen nehmen. Denn es ist wohl kaum anzunehmen, dass es dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Rüttgers gelingen wird, sein abenteuerlich anmutendes Politikmodell durchzuhalten: die oppositionelle Selbstablösung der eigenen Regierungspolitik. Selbst im relativ liberalen hanseatischen Milieu ist solch ein CDU-Vorhaben am Ende, noch bevor es so richtig begonnen hat: Von Beusts Schulreform findet keinerlei wirksamen Rückhalt bei der eigenen Parteibasis, geschweige denn der eigenen Wählerschaft. Für eine Politik der Interessenzusammenführung der jeweils eigenen Wählerschichten und Milieus jedenfalls, ohne die ein wirklicher Politikwechsel, der nicht allein im Symbolischen verbleiben soll, gar nicht denkbar ist, gibt es keine lagerübergreifende Perspektive. Die NRW-Grünen haben eine realistischen Blick auf das Experiment in Hamburg. Wenige Tage vor Essen betonte die grüne Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann dann auch, dass es eine Strategie wie in Hamburg in NRW

definitiv nicht geben werde. Dort hatten die Grünen durch einen Umschwenk ihrer Spitzenkandidatin auf Schwarz-Grün wenige Tage vor der Wahl ihr Wählerpotential nicht ausschöpfen können.

Würde die CDU tatsächlich einen Politikwechsel tatsächlich anstreben, dann würde sie die verbleibenden drei Monate bis zur NRW-Wahl um jeden Preis dazu nutzen, den Menschen in diesem Land ihre Maßnahmen zur Bewältigung der großen Krise der Bundes-, Landes- und Kommunalfinanzen, zu der sich die Wirtschaftkrise entwickeln wird, bis ins kleinste Detail und verbunden mit einem struktur- und steuerpolitischen Reformprogramm zu erläutern. Dies tut sie aber nicht, weil sie die anstehende Verteilungsfrage nicht gegen ihre eigene Klientel angehen kann und sich vor den Wählern fürchtet, die dann die noch einzig für die CDU übrig bleibenden radikalen Sparmaßnahmen am Sozialstaat und in der Daseinsvorsorge nicht so einfach hinnehmen würden – das Gerechtigkeitsbedürfnis ist angesichts der Finanzkrise und ihrer Folgen hoch.

Für die Wähler bleibt die CDU somit die große Unbekannte, während von CDU-Politikern ihrerseits die Grünen-Basis schon einmal gern als die große Unbekannte in ihren machtpolitischen Rechenspielen gesehen wird. Doch ebendies ist die Grünen-Basis nicht. Sie ist vielmehr die derzeit vielleicht einzig große Bekannte in der deutschen Politiklandschaft. Auf ihre Initiative hin rückte die Verteilungsfrage in der Folge der Wirtschaftskrise mit der Forderung nach einer Vermögensabgabe ins Zentrum grüner Politik. Sie war es, die nach Rot-Grün den sozialpolitischen Kurs revidiert und die eigene Fraktion in der Afghanistanfrage mit einem Sonderparteitag wieder zur Oppositionsarbeit getrieben hat. Sie ist es, die auf Bundes- und Landesparteitagen mit Hunderten von Anträgen und in akribischer Sacharbeit den Charakter der Grünen als sozial-ökologische Programmpartei regelmäßig neu definiert. Und sie ist es, die allzu sehr mit dem Rechenschieber ausgedachten koalitionstaktischen Spielchen schon einmal eine deutliche Absage erteilt, wie etwa vor der Bundestagswahl mit der Absage einer Ampel durch die NRW-Grünen. Der derzeitige politische Offenbarungseid der FDP hat sie hierin im Nachhinein bestätigt. Und nicht zuletzt hat sie auf dem letzten Bundesparteitag in Rostock die Meinungsführerschaft für das Mitte-Links-Lager reklamiert und die hartnäckig kolportierte Mär von der angeblichen Auflösung der Lager eindeutig verneint.

Ein wirklicher Politikwechsel braucht politische Stabilität und konzeptionelle Klarheit. Auch darum hat die Basis der NRW-Grünen einer Tolerierung durch die Linken eine Absage erteilt und Rot-Grün als bevorzugte Regierungsoption in Düsseldorf benannt. Sollte die Linkspartei in NRW ihre bisherige soziale Rhetorik im Interesse ihrer Wähler wirklich ernst nehmen wollen, wird sie sich schon in Koalitionsverhandlungen und damit endlich in politische Umsetzungsprozesse begeben müssen. „Der Ball“, so Volker Beck, „liegt derzeit im Feld der Linken“.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/unter-einem-politikwechsel-sind-die-gruenen-nicht-zu-haben

analyse&kritik

Ungekürzte Langfassung. Gekürzte Druckfassung erschienen in: ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis | Nr. 548 | 19.03.2010

Die Neukonstitution des Politischen

Mit Spinoza in den *Common Wealth*

"It's only after you've lost everything that you're free to do anything."

Brad Pitt als "Tyler Durden" in David Finchers Film "Fight Club" (1999)

"You have to lose who you are to discover what you can become."

Michael Hardt/Antonio Negri: "Commonwealth" (2009)

In „Common Wealth", ihrem dritten großen Werk nach „Empire" (2000) und „Multitude" (2004), geben Michael Hardt und Antonio Negri den gegenwärtigen politischen Entwicklungen ein neues ontologisches und anthropologisches Fundament. Die Krise des globalen Kapitalismus deuten sie aus linker Sicht als einen Prozess der konstitutiven Transformation der Natur des Menschen und seiner politischen Organisationsformen. Die dabei nun explizit ausgearbeitete Bezugnahme auf den Frühaufklärer Spinoza (1632-1677) sprengt dabei den globalisierungskritischen und bewegungslinken Blickwinkel und beansprucht nicht weniger, als eine Revision bisheriger politischer Grundlagen der Neuzeit.

„Geschichte der Denksysteme" – so lautete der Titel des eigens für Michel Foucault eingerichteten Lehrstuhls am Collège de France. Und um diese Denksysteme geht es im eigentlichen Sinne auch in „Common Wealth". Der dabei bis zur Gegenwart gespannte geschichtliche Bogen reicht weit zurück. Das, was Hardt und Negri in ihrem Buch die „Schaffung einer gemeinsamen Welt" als „ethisches Projekt" nennen, findet in der Tat seine implizite Entsprechung in den Prozessen der Herausbildung der europäischen Nationalstaaten im siebzehnten Jahrhundert nach den Religionskriegen und Bürgerkriegen.

Seinerzeit endete eine Menschheitsepoche endgültig – die auf eine transzendente Ordnung ausgerichtet Welt des Mittelalters – und es entstanden die großen Denksysteme des Späthumanismus und der Frühaufklärung von Descartes, Hobbes, Spinoza, Locke und Leibniz, die allesamt die ontologischen, anthropologischen und politischen Bedingungen des erstmals vom Renaissancehumanismus aufgeworfenen Grundproblems einer absoluten Organisation des Menschen in der Welt zu formu-

lieren versuchten. Die Kernbotschaft von „Common Wealth“ ist eindeutig: Die Revolution des Renaissancehumanismus, auf dessen Krise das Denken Spinozas für Hardt und Negri eine adäquate Antwort gegeben hatte und die den eigentlichen Beginn unserer heutigen Krise markierte, muss vollendet werden – als Überwindung der Krise der absoluten Organisation des Menschen in der Welt: die Konstitution des von Spinoza so benannten *omnino absolutum imperium* („der ganz und gar uneingeschränkten Regierungsform“), der Demokratie.

Spinozianische Grundlegung der Linken

Die Entstehung einer Demokratie der Multitude innerhalb globaler Herrschaftsstrukturen war bereits eines der Hauptthemen von „Empire“, dessen großer Erfolg sicherlich auch auf seinen völlig neuen methodischen Ansatz zurückzuführen war: der Beschreibung des globalen Kapitalismus als Immanenzraum. Spinoza, *der* Philosoph der Immanenz in der abendländischen Geistesgeschichte, war jedoch in „Empire“ immer nur implizit anwesend. „Common Wealth“ ist nun der Versuch einer expliziten spinozianischen Grundlegung der Linken[1] und damit gleichermaßen ein Gegenentwurf zum neuzeitlichen Dualismus von Körper und Geist Descartes’, zur Negativität des Hobbes’schen Menschenbildes, zu Lockes Eigentumsbegriff und dessen Prämissen bürgerlicher Regierungsformen und zu Leibniz’ Programm einer Versöhnung von Rationalität und Religion („säkulare Theodizee“). Nun, ein großer Wurf – führwahr –, der bereits bei „Empire“ vielleicht an zu kleinen Maßstäben gemessen wurde[2] und den Hardt und Negri mit „Multitude“ selbst wohl vorübergehend verlassen hatten.[3]

„Common Wealth“ markiert in der Tat einen absoluten Bruch mit einer ganzen gesellschafts- und wirklichkeitsbildenden Denktradition. Es geht, wie die Autoren schreiben, um die „Konstruktion der Wahrheit von unten“, um eine andere Welt, eine andere Gesellschaft, einen anderen Menschen. Formuliert als weithin offener Konstitutionsprozess, der die naturrechtlichen Fragen von Humanismus und Aufklärung neu aufwirft und dabei, neben Spinoza, ebenso das antidialektische und nichtvermittelnde Denken von Foucault und Deleuze/Guattari als ein Denken in *produktiven* Differenzen auf die philosophische Praxis der Gegenwart anwendet.

Sichbilden des Seins (Anti-Heidegger)

Denn, wie das Verhältnis des Ganzen kapitalistischer Globalisierung zu den real existierenden Singularitäten überhaupt gedacht werden kann, dies war bereits im Gegensatz des Substanzbegriffs von Spinoza (Einheit der Substanz = „Gott bzw. die Natur“) gegenüber dem Leibniz’schen (Vielheit der Substanzen = „Monaden“) als ontologische Fragestellung angelegt, ebenso wie im Gegensatz des „Volkes“ (*natio*) bei Hobbes gegenüber der „Menge der Vielen“ (*multitudo*) bei Spinoza als politische. Wie das Verhältnis von Materie und Geist heute im Zeitalter biopolitischer Produktion

und immaterieller Arbeit gedacht werden kann, dies war bereits im Gegensatz des Dualismus Descartes' zum Parallelismus Spinozas vorgezeichnet.

In drei Stücken – unterteilt in jeweils zwei Teilstücke: *De Corpore* („Vom Körper"), *De Homine* („Vom Menschen") und *De Singularitate* („Von der Singularität") – beantworten Hardt und Negri diese Fragen nun sämtlich neu zugunsten Spinozas. Sie bilden den jeweiligen Abschluss der sechs großen Teile des Buches und sollten den Autoren zufolge wie die Scholien in Spinozas „Ethik" gelesen werden und machen daher – zusammen mit einem *Intermezzo* über die Liebe („Eine Macht, das Böse zu bekämpfen") – das Herzstück von „Common Wealth" aus, das so eine Art Abbildung der Themen von „Empire" und „Multitude" auf die Spinoza-Interpretation Negris „L'anomalia selvaggia"[4] von 1981 darstellt. Dort hatte Negri den Entwurf von „Common Wealth" bereits vorgezeichnet: „Der Ausdruck der Produktivkraft ergibt sich kumulativ auf physikalischer Ebene und kollektiv auf ethischer Ebene, immer als Resultante eines theoretischen und praktischen Prozesses, der eben in dem Sichbilden des Seins als solchem besteht."[5]

Das immanente „Sichbilden des Seins" in einer globalisierten Welt, „die kein ‚Außen' hat", ist für Hardt und Negri zugleich die ontologische Konstitution des Gemeinsamen (common), die anthropologische Transformation der menschlichen Natur, wie auch die politische Komposition des kollektiven sozialen Lebens. Darum auch drücken Hardt und Negri gleich zu Beginn von „Common Wealth" ihre Hoffnung aus, dass ihre Arbeit in Richtung „einer spinozianischen Lektüre oder eines Neuschreibens von Heideggers ‚Sein und Zeit'" weist und dabei dessen „Phänomenologie des Nihilismus" überwindet. Diesem setzen Hardt und Negri nun mit der neuen spinozianischen Grundlegung *die absolute Positivität der Natur* entgegen, der menschlichen wie der uns umgebenden Natur.

Kurzer Abriss von *Common Wealth*

Republik (und die Multitude der Armen)

Weder privat noch öffentlich, weder kapitalistisch noch sozialistisch – das „politische Projekt der Institutionalisierung des Gemeinsamen" verläuft diagonal zu diesen „falschen Alternativen". Denn das Gemeinsame bildet sowohl die Basis wie auch das jeweilige Produkt dessen, was bereits in „Empire" als biopolitische Produktionsprozesse umschrieben wurde. In Form „materieller Gemeingüter" (Luft, Wasser, Früchte und Gaben der Erde), wie auch als „Resultate sozialer Produktion, die für soziale Interaktion und Reproduktion notwendig sind" (Wissen, Sprache, Codes, Informationen, Affekte). So wird im ersten Teil die moderne Republik als „Republik des Eigentums" verworfen und in einem Prozess der Metamorphose die „Schaffung einer neuen Gesellschaft in der Hülle der alten" eingefordert. Diese ist nur noch auf einem „sozialen Immanenzplan" zu haben, als „Politik der Körper" und als solche als alternative sowie autonome Produktion von Subjektivität. „Nur der Arme", so hieß es

bereits in „Empire“, „lebt radikal das tatsächliche und gegenwärtige Sein.“[6] Daher kommt ihnen, den Armen, heute ein “Mechanismus der sozialen Produktion“ zu, den Hardt und Negri im Weiterdenken Foucaults die „Macht des Lebens“ (Biopolitik) gegenüber der „Macht über das Leben“ (Biomacht) nennen. Die politische Philosophie Spinozas mit ihrer Unterscheidung von Herrschaft (*potestas*) und Vermögen (*potentia*) bildet auch hier das Modell.

Statue *Baruch de Spinozas* in Den Haag.
(Foto: commons.wikimedia.org)

Moderne (und die Landschaften der Altermoderne)

Diagonale statt Opposition, Alternative statt Widerstand – nicht die Antimodernität, sondern die Altermodernität ist das Projekt der Multitude. Ihre Charakteristika sind der Bruch und die Transformation. So entsteht ein „Parallelismus der Altermodernität“ (für den das Beispiel Boliviens angeführt wird), der zugleich ein „angewandter Parallelismus“ der vielfältigen Ausdrucksformen der Multitude ist. Die Altermodernität zeigt sich sowohl als alternative Linie der europäischen Aufklärung (Machiavelli, Spinoza, Marx), wie auch in den Arbeiterbewegungen (Bruch mit dem kapitalistischen Kommando) und in den Kämpfen gegen Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus.

Kapital (und die Kämpfe um den *Common Wealth*)

Die kapitalistische Produktion befindet sich in einer Phase des Übergangs. Deren Ergebnisse sind in zunehmenden Maße soziale Beziehungen und Lebensformen. Die Transformation der Arbeit (immaterielle Arbeit, Feminisierung der Arbeit, Arbeitsmigration) führt dazu, dass der quantitative, messbare Charakter der Produktion prinzipiell überschritten wird und alle Produkte dazu tendieren die Form von Gemeingütern anzunehmen. Kapitalistische Akkumulation ist heute zunehmend Außerhalb des Produktionsprozesses (Finanzmärkte) anzusiedeln und Ausbeutung nimmt folglich die Form der „Enteignung des Gemeinsamen“ an (kapitalistische Rente statt Profit als „Desozialisierung des Gemeinsamen“). Gegenwärtig entwickelt sich daher „eine offene soziale Beziehung zwischen Arbeit und Kapital“, in der der Klassenkampf als „Prozess der Subtraktion von der Beziehung zum Kapital“ auftritt, als Exodus, in dem – wie etwa in der „Metropolis“ (der biopolitischen statt der industriellen Metropole und Raum der Produktion, der Begegnung, der Antagonismen und Rebellion) – neue Lebensformen und soziale Beziehungen entdeckt und konstruiert werden. Doch steht die Konstitution neuer sozialer Institutionen in einem

ständigen Kampf mit überkommenen und korrumpierenden Formen des Gemeinsamen (Familie, Unternehmen, Nation).

Jenseits des Kapitals?

Nach einer Beschreibung des versuchten Putsches im Empire durch die USA unter den Neokonservativen und einer kleinen Genealogie der Rebellion im vierten Teil („Das Empire kehrt zurück), beginnt der fünfte Teil mit einer Beschreibung der Unfähigkeit des Kapitalismus in seiner neoliberalen Form die biopolitische Produktion überhaupt als Wertschöpfungsprozess zu organisieren. Doch auch der Sozialismus (als „Regime des staatlichen Managements kapitalistischer Produktion“) sowie Sozialdemokratie (die biopolitische Produktion nur als Anhängsel fordistischer Industrieproduktion denken kann) sind daran gescheitert. Denn das „Gemeinsame existiert auf einem anderen Plan als dem von privat und öffentlich, es ist fundamental autonom von beidem.“ Der Privatbesitz bezeichnet hingegen heute ein „fehlendes Gemeinsames“, mithin „Gemeinwesenversagen“.

In der biopolitischen Ökonomie muss Wachstum fortan als „Ausweitung der sozialen Produktivkräfte“ (soziales Wachstum wie Wachstum des Sozialen) selbst verstanden werden, als Akkumulation des Gemeinsamen, die darin besteht, dass sich unsere Vermögen und unsere Empfindungen ausweiten: unsere Vermögen zu denken, zu fühlen, zu verstehen, sich mit anderen in Beziehung zu setzen. Ökonomisch ausgedrückt, „beinhaltet dieses Wachstum dann sowohl einen ausgeweiteten Vorrat des Gemeinsamen, der in der Gesellschaft zugänglich ist, als auch anwachsende Produktionskapazitäten, die im Gemeinsamen gründen.“

Hardt und Negri beschreiben im Grunde den immanenten Entstehungsprozess der kommunistischen Gesellschaft innerhalb der kapitalistischen Ordnung, als progressive Akkumulation des Gemeinsamen von unten, eine Demokratie der ProduzentInnen. Dabei entsteht heute die Notwendigkeit, im Anschluss an die Physiokraten, ein „neues ökonomisches Tableau“ zu entwerfen, das die „Produktion, Zirkulation und Enteignung von Werten in der biopolitischen Ökonomie offen legt.“ Dieses wird sicherlich ein Tableau der ökonomischen Qualitäten (statt der Quantitäten) sein, aber darüber hinaus auch eines der sozialen Kämpfe, die mit der Ausweitung der sozialen Produktivkräfte heute hervorgebracht werden.

Revolution

Denn in der biopolitischen Ära verschärft sich der Antagonismus zwischen der zunehmend sozialen Natur der Produktion und dem privaten Charakter kapitalistischer Akkumulation. Die dadurch hervorgebrachte „kommodifizierte Temporalität des kapitalistischen sozialen Lebens“, verlangt nicht weniger als die „Selbst-Aufhebung“ der eigenen Identität, denn „was die Identität für das Eigentum ist, ist die Singularität für das Gemeinsame.“ *Die* Revolution allerdings gibt es nicht, sie ist eigentlich ein „revolutionärer Parallelismus“ (der Singularitäten), vom Monströsen (Queer) bis um

Gelächter, von neuen Institutionen über die Kämpfe bis zum Streben nach Glück, der in seiner Mannigfaltigkeit von der Multitude regiert werden muss: “Willkommen im Jahr 0“.

Affektive Basis des Gemeinsamen (Anti-Hobbes)

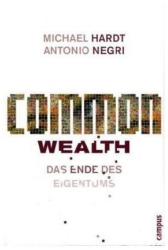
Sicher wird sich über viele der Themen des Buches wieder eine Diskussion entfalten, insbesondere die einen breiten Raum einnehmenden Gemeingüter könnten ins Zentrum einer „Common Wealth“-Diskussion rücken. Doch, dass der Verlag, ähnlich wie bereits bei Jeremy Rifkins „The Age of Access“[7], den Untertitel „Das Ende des Eigentums“ beigefügt hat, lässt befürchten, dass die Diskussionen wieder einmal am großen Thema Hardt und Negris vorbeigehen könnte: der Neukonstitution des Politischen. Hardt und Negri haben nie das Ende von etwas beschrieben, so wie sie hier auch nicht das Ende des Eigentums beschreiben. Ihr Thema ist das Entstehen des Neuen, die Materialisierung des Empire vor unserer Augen und die Untersuchung emanzipatorischer Potentiale innerhalb eines ontologischen Konstitutionsprozesses („So etwas wie eine private Ontologie gibt es nicht“). Noch einmal zur Verdeutlichung Negri 1981 im Anschluss an Spinoza: „Die Konstruktionsordnung liegt innerhalb der Konstitution. Die Notwendigkeit liegt innerhalb der Freiheit.“[8]

Nachdem der sozialistische Weg zum Kommunismus vollständig gescheitert ist, an den eigenen nicht mehr hinterfragten Prämissen der Beschreibung der Welt und des Menschen auf Zwecke und teleologische Weltbilder hin, beginnen Hardt und Negri nun den Menschen und die Natur mit Spinoza als einen *immanenten Wirkzusammenhang* zu beschreiben, den es sich bewusst zu machen gilt („Natur ist nur ein anderes Wort für das Gemeinsame“). Und wie Spinoza – und übrigens auch bereits Machiavelli, auf den Negri in seinem langen Wirken immer wieder zurückgegriffen hat – stellen Hardt und Negri nun die Genese der kommunistischen Gesellschaft in einen Wirkzusammenhang der Natur, der sich dem Menschen in seinen Affekten vermittelt.

Für Hardt und Negri ist es nun nicht mehr wie noch bei Hobbes die „Furcht“ (*metus*), die heute im Zentrum der Konstitution des Gemeinwesens steht („anthropologischer Nihilismus“), sondern die Herausbildung neuer politischer Formen in einem kumulativen Prozess vom „Streben“ (*conatus*) über das „Begehren“ (*cupiditas*) bis zur „Liebe“ (*amor*). „Liebe ist stärker als der Tod“, heißt es an zentraler Stelle. Es ist allerdings die spinozianische „Liebe“ als „Freude, begleitet von der Idee einer äußeren Ursache“[9], und nicht die institutionalisierte „Liebe“ in ihren korrumpierenden Formen identitärer, d. h. vor allem privatisierter, oder vereinheitlichender, d. h. vor allem religiöser Art. Und so, wie sich mit dem Affekt der „Liebe“ die in „Common Wealth“ beschriebenen neuen Institutionen des Gemeinsamen konsolidieren, so finden die unterschiedlichen Widerstandsformen im Empire ihre gemeinsame Entsprechung im Affekt der „Entrüstung“ (*indignatio*).“[10]

Seit Hobbes' „Leviathan" hat es fast 360 Jahre gedauert, bis in unserem Kulturkreis mit „Common Wealth" die Frage, wie sich politische Gemeinwesen überhaupt herausbilden, wieder anhand der affektiven Verfasstheit der menschlichen Natur beantwortet worden ist. In einem Augenblick, in dem das bürgerliche Denken mit seiner Abschaffung der wirklichen Welt, indem es diese Welt permanent in ein juridisches und repräsentatives Bild verdoppelt, einen endgültigen Bruch der kapitalistischen Gesellschaften in ihrem Naturverhältnis hervorzubringen droht, kommt dieser Entwurf keinen Tag zu früh. Es bleibt zu hoffen, dass er in seiner weitreichenden Bedeutung für die Linke wie für die politische Philosophie und Praxis der Gegenwart auch so verstanden wird.

Robert Zion



Michael Hardt/Antonio Negri: „Common Wealth. Das Ende des Eigentums", Frankfurt (Campus) 2010, aus dem Englischen von Thomas Atzert und Andreas Wirthensohn, 437 S., 34,90 Euro. ISBN-10: 3593391694 / ISBN-13: 978-3593391694

Anmerkungen:

1) Vgl. auch ausführlicher: Robert Zion: „Eine spinozianische Grundlegung der Linken – Das ökonomische Tableau in ‚Commonwealth'". grundrisse – zeitschrift für linke theorie und debatte: Nr. 33, März 2010/Nr. 34, Mai 2010.
2) Vgl. Dirk Hauer: „Auch große Würfe gehen mal daneben. Antonio Negri und Michael Hardt zu Globalisierung, Arbeit und Befreiung". ak - analyse & kritik 442 vom 28.09.2000.
3) Vgl. Arndt Neumann: „Vielfalt statt Klasse. 'Multitude' als postmoderner Klassenbegriff". ak - analyse & kritik 490 vom 17.12.2004.
4) Vgl. Antonio Negri: „Die wilde Anomalie. Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft", Berlin (Wagenbach) 1982.
5) Ebda.: S. 250.
6) Michael Hardt/Antonio Negri: "Empire. Die neue Weltordnung", Frankfurt (Campus) 2002, S. 169.
7) Vgl. Jeremy Rifkin: „Access. Das Verschwinden des Eigentums", Frankfurt (Campus) 2000.
8) Antonio Negri: „Die wilde Anomalie", a. a. O., S. 209f.
9) Baruch de Spinoza: „Die Ethik nach geometrischer Methode dargestellt", Hamburg (Meiner) 1976, III, Definition der Affekte 6, S. 170.
10) Vgl. Ebda.: III, Definition der Affekte 20, S. 174.

---

analyse & kritik
ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis

a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH,
Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.
Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich
AutorInnen und ak-Redaktion
www.akweb.de E-Mail: **redaktion@akweb.de**

der Freitag

25.03.2010 12:55 Robert Zion

Der Mann ohne Eigenschaften

Symbolisch volksnah, praktisch unternehmernah und ganz konkret auch schon mal neokonservativ – Jürgen Rüttgers zeigt sich flexibel und führt einen Image- und Oppositionswahlkampf gegen die eigene Politik.

Von Robert Zion

Jürgen Rüttgers hat ein Problem – sich selbst, die eigene Partei, die eigene Politik. Selten hat ein Parteitag mit derart „konfusen Parteitagsreden" (*taz*) darum auch einen solch profillosen Eindruck hinterlassen wie der der NRW-CDU in Münster, von der *Sueddeutschen* bereits als „organisierte Inspirationslosigkeit" beschrieben. Jedenfalls scheint der Spagat zwischen vermeintlichen neuen Machtoptionen und einer ehrlichen Bilanzierung, gar einem Bekenntnis zur eigenen Politik, gründlich misslungen.

Denn unter Jürgen Rüttgers, dem angeblichen „Schwarz-Grün-Pionier", so die *Frankfurter Rundschau* ironisch, wurde in NRW die Umweltverwaltung personell zerschlagen und der Klimaschutzparagraph eigens zur Errichtung neuer Kohlekraftwerke aus dem Landesentwicklungsprogramm genommen. Unter ihm, dem angeblichen Retter der Kommunen, wurden deren wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeiten radikal eingeschränkt. Er, der vermeintliche Anwalt der kleinen Leute, hat die WestLB zu „Rüttgers Resterampe" (*Manager-Magazin*) gemacht und in ihr nahezu ohne Bedingungen und Auflagen Milliarden an Steuergeldern versenkt.

Für Rüttgers und die NRW-CDU scheinen sich solch politisch substanzielle Fragen, von der in NRW gescheiterten Schulpolitik ganz zu schweigen, ohnehin vollständig in einem Image-Problem zu erschöpfen. So heißt es in einem aktuellen CDU-internen Strategiepapier: im Wahlkampf müsse die „Betonung der Unterschiede zwischen Landes- und Bundes-CDU" aufrechterhalten werden, weil die nordrhein-westfälische Union „anders, positiver, sozialer wahrgenommen" werde als die Bundespartei. Die Betonung liegt hierbei auf „wahrgenommen". Wie beim kostenintensiven Anbieten von Gesprächen und Fotos von Regierungsmitgliedern auf Parteitagen der NRW-CDU, scheint sich hier alles allein nur noch um die erfolgreiche Verkaufstrategie zu drehen.

Doch auch beim Verkaufen eines Images lässt sich zuweilen die neokonservative Grundhaltung von Rüttgers nicht ganz verschleiern. So ist es sicherlich kein Zufall, wenn sich die Union zwei Monate vor der Landtagswahl in NRW in einer „Düsseldorfer Erklärung" bundesweit für eine schärfere Gangart gegenüber straffällig gewordenen Ausländern stark macht, sich für den Einsatz der Bundeswehr im inneren einsetzt und die Unterscheidung von äußerer und innerer Sicherheit grundsätzlich zu verwischen versucht. Und neben der zum Teil gerade auch in NRW menschenverachtenden Abschiebepraxis in NRW, ein Dauerstreitthema zwischen der CDU und den Grünen im Landtag seit Jahren, dürften auch noch Rüttgers Äußerungen von „Kindern statt Indern" und angeblich nicht arbeitswilligen oder –fähigen Rumänen noch in den Ohren klingen. Das ist nur um Nuancen subtiler als der Rechtspopulismus eines Roland Koch, fügt sich aber ebenso nahtlos in das wirtschaftschauvinistische Grundmuster eines neokonservativen Vordenkers wie Samuel P. Huntington ein, der gleich die Wertigkeit von ganzen Kulturen und Völkern an ihrer Marktfähigkeit bemisst.

Überhaupt, die „Marktfähigkeit". Das in Münster verabschiedete CDU-Wahlprogramm präsentiert gerade einmal „Altbewährtes aus der Adenauerzeit" (*F.A.Z.*) und endlose Variationen über Wörter wie „Wachstum", „Wettbewerb" und – immer wieder – „Sicherheit". Die CDU unter Rüttgers, der immerhin einmal „Zukunftsminister" unter Kohl gewesen ist, scheint konzeptionell so tief in den

50er Jahren versunken, dass sie dem Land eine faktisch längst widerlegte Vorstellung von „sozialer Marktwirtschaft“ auch noch glaubt als Zukunftsvision verkaufen zu müssen („Wachstum schafft Arbeit“). Dabei würde ein Blick in den aktuellen *Spiegel* genügen, um die Verstaubtheit solcherlei Idealvorstellungen von Ludwig Erhards allein am blinden Wachstum ausgerichteter Wettbewerbs- und Normarbeitsgesellschaft zu erkennen. Dort nämlich ist der „Rückzug der klassischen Arbeitsverhältnisse“, trotz Wachstum, mit beeindruckenden Zahlen unterlegt.

Und daher wird die Frage, warum dann mit den Grünen ausgerechnet die „einzige linke Partei, die den Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft geschafft hat“ (*Financial Times Deutschland*), diesen Ministerpräsidenten noch im Amt halten sollte, wohl am Ende niemand ernsthaft beantworten können. So zeigt sich im Nachhinein, dass die *Frankfurter Rundschau* so falsch nicht gelegen hat, als sie bereits vor einem Monat in ihrem Leitartikel angesichts von Spekulationen über Schwarz-Grün fragte: „Woher sollen in Zukunft die Visionen kommen – aus Sachzwanghausen im Alles-offen-halte-Land?“

Ein Ministerpräsident jedenfalls, dessen einzig substanzieller Inhalt offensichtlich nur noch die Macht selbst ist, gehört erstrecht auf die Oppositionsbank geschickt. Und über Schwarz-Grün, gerade einmal die Wunschkoalition von drei Prozent in der Bevölkerung, wird dann hoffentlich und ganz im Sinne der Unterscheidbarkeit politischer Konzepte und der Substanz der Demokratie die *Financial Times Deutschland* das endgültige Urteil gefällt haben: „Schwarz-Grün ist die Kopfgeburt einer Minderheit, erdacht von ein paar Parteistrategen, Ökospießern und gelangweilten Journalisten“.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/der-mann-ohne-eigenschaften

der Freitag

15.05.2010 11:48 Robert Zion

Machen wirs?

In Nordrhein-Westfalen wurde Schwarz-Gelb abgewählt. Im Düsseldorfer Parlament gibt es eine Mehrheit Mitte-Links. Nach den taktischen Volten der FDP und deren endgültiger Absage steht nur noch Rot-Grün-Rot und die ungeliebte Große Koalition zur Verhandlung.

Von Robert Zion

Gerade werden in Berlin von Angela Merkel – vorhersehbar und punktgenau nach der NRW-Wahl – „harte Sparmaßnahmen" angekündet. Wo und bei wem gespart werden soll, steht gerade zur Debatte. Von der Einnahmeseite des Staates allerdings ist seitens der verspäteten konservativ-neoliberalen Regierung erwartungsgemäß so gut wie nicht Rede. Und daher stehen SPD, Grüne und Linke in Zeiten größter Finanz- und Wirtschaftskrisen nun in der Pflicht, nicht nur im Bundesrat zu verhindern, dass wieder einmal die mittlere und untere Bevölkerungsschicht für die Kosten der Krise aufkommt, ihre Aufgabe ist es eben auch, gerade jetzt ihre Forderungen im steuerpolitischen Bereich nach Vorne zu stellen und gegenüber CDU/FDP in Deckungsgleichheit zu bringen. Reform der Erbschaftssteuer, Millionärssteuer, Reichensteuer, Vermögensabgabe, Vermögenssteuer, Finanztransaktionsteuer – Forderungen und Beschlüsse gibt es diesbezüglich reichlich im Mitte-Links-Lager.

Kein weiterer Sozialabbau und keine Kopfpauschale, Bildungsreform und Abschaffung der Studiengebühren, Entschuldung der Kommunen und ökologischer Umbau des Industrielandes NRW – landespolitisch gibt es konzeptionell ohnehin große Übereinstimmungen zwischen SPD, Grünen und Linken. Und wer mit Rot-Grün-Rot in NRW jetzt allen Ernstes die Demokratie in der Gefahr sieht, der sollte sich noch einmal ganz genau überlegen, was er eigentlich für ein Verständnis von Demokratie hat.

„Das vergangene Jahr war auch das Jahr, in dem deutlich wurde, dass ein unreguliertes Finanzsystem selbstzerstörerische Qualität für das Bankensystem, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, und am Ende für den entfesselten Kapitalismus selbst entwickelt hat. Wohlstand und Sicherheit sind für viele Menschen erkennbar in Gefahr geraten, das marktradikale Versprechen eines rationalen, sich selbst regulierenden Marktes hat sich als ebenso interessengeleitete wie falsche Beruhigungsformel gezeigt." Wer würde dieser Einschätzung der aktuellen Krisenentwicklung eigentlich nicht zustimmen? „Natürlich, da hat Die Linke doch recht", so würden sicher nicht wenige sagen. Nur, dass diese Einschätzung nicht von der Linken stammt, sondern aus der Vorlage des Landesvorstandes für die Wahlaussage der NRW-Grünen.

Also, machen wirs? Ja. Wann und wer denn sonst?

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/machen-wirs

der Freitag 12.06.2010

Was wäre, wenn...?

Von Robert Zion

Was wäre eigentlich...

...wenn die Politik heute die „Gewährleistung und Sicherstellung von Menschenwürde durch Selbstbestimmung“ als oberste Prämisse ihres Handelns verstehen und daher die Schaffung von „Mindestvoraussetzungen“ bzw. „materialen Voraussetzungen“ für gleiche Bildungschancen („Bürgerrecht auf Bildung“) sowie „Teilhaberechte“ verfolgen würde;

wenn es dann für die Menschen eben nicht mehr nur darum ginge, „gut ausgehaltene Wirtschaftsuntertanen zu bleiben“;

wenn die Politik darum sagen würde: „der Staat darf nicht alles“; aber auch: „der Betrieb darf nicht alles“; wenn es daher wirklich um „die Aufhebung der Ungleichgewichte des Vorteils und der Ballung wirtschaftlicher Macht, die aus der Akkumulation von Geld und Besitz und der Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln in wenigen Händen folgen“, ginge;

wenn es daraus abgeleitet eine „Verpflichtung des Staates zu einer Gestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Eigentum von einem Vorrecht Weniger zu einem Recht Aller macht“, geben würde; sagen wir etwa, wenn „private und öffentliche Unternehmen“ verpflichtet würden, „von einer bestimmten Wertschöpfung an Beteiligungsrechte an ihrem Vermögenszuwachs einzuräumen“; wenn dann diese Beteiligungsrechte an alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Staatsbürger ohne Rücksicht auf Alter und Einkommensverhältnisse“ ausgegeben würden;

wenn es darüberhinaus eine dauerhafte „Vermögensabgabe“ auf den Nachlass geben würde, die große und größte Vermögen erfasst (sagen wir mit einem Grundfreibetrag, gestaffelt und mit einem Höchststeuersatz von 75 Prozent) und die ebenfalls in Beteiligungsrechte aller Bürgerinnen und Bürger umgewandelt würden;

wenn eine grundsätzliche „Humanisierung der Arbeitswelt“ und weit mehr demokratische Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Unternehmer im Betrieb gegenüber dem Kapitalbesitz angestrebt würde; wenn „Umweltschutz“ als Individualrecht in den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes aufgenommen werden würde, weil „Umweltschutz Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichem Nutzen“ hat, weil „Umweltschädigung ist kriminelles Unrecht“;

wenn „die bisher nur theoretisch zurechenbaren ‚sozialen Kosten’ der Umweltbelastung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und in den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft“ endlich ausgewiesen werden würden; denn zweifellos ist „unser Sozialprodukt zur Zeit überhöht, weil die Wertminderungen der Umwelt in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht berücksichtigt werden“;

was wäre eigentlich, wenn sich die FDP heute an dieses auf ihrem Bundesparteitag im Oktober 1971 in Freiburg im Breisgau beschlossene Programm erinnern würde?

(Quelle aller Zitate: Karl-Hermann Flach/Werner Maihofer/Walter Scheel: *Die Freiburger Thesen der Liberalen*, 1971.)

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/was-waere-wenn

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

13.08.2010

Die Afghanisierung der deutschen Demokratie

Der Bundestag sollte dem Beispiel Kanadas folgen und den Abzug aus Afghanistan durchsetzen. Sonst droht die Entmachtung des Parlaments.

Von ROBERT ZION

Vom Militärtheoretiker Carl von Clausewitz wird gern der Satz zitiert, Krieg sei die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln. Für Afghanistan scheint jedoch dessen Umkehrung zu gelten, wie sie einst der französische Philosoph Michel Foucault formulierte: „Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln." – im Sinne einer gewaltfreieren und zivilisierteren Austragung von Konflikten. Wenn das stimmt, dann ist es jetzt an der Zeit für Politik in Afghanistan.

Das bedeutet: Es ist an der Zeit, diesen Krieg, der im nördlichen Verantwortungsbereich der Bundeswehr mit voller Wucht und in seiner ganzen Widersprüchlichkeit angekommen ist, zu beenden.

Die Bundesregierung besteht derzeit noch darauf, zunächst einmal eine gründliche Evaluierung des Einsatzes vorzunehmen. Doch das hätte bestenfalls nur eine aufschiebende Wirkung. Denn was soll eigentlich bei dieser für Deutschland anderes herauskommen als für die Kanadier? Die Regierung in Ottawa hatte die Rolle ihrer Soldaten in Afghanistan bereits 2006 durch eine unabhängige Kommission untersuchen lassen. Das Ergebnis: „Kanada befindet sich im Krieg, und Kanadier sind Kombattanten." Daraufhin begrenzte das Parlament das Mandat für die Truppen bis 2011. Nächstes Jahr beginnen die Kanadier also mit dem Abzug.

Die Bundeswehr hat diesen Kombattantenstatus ebenso inne, das heißt, sie sind Teilnehmer eines Krieges, unabhängig von dessen Rechtmäßigkeit. Deren militärische Führung hat sogar „offiziell" das Kommando über die im Norden stationierten, Menschen jagenden US-Truppen. Über deren untragbares Vorgehen haben die kürzlich durch die Internetseite Wikileaks veröffentlichten Protokolle zwar nicht unbedingt Neues, aber doch dadurch jetzt eindeutig Belegbares zu Tage gefördert: Es ist ein schmutziger Krieg, der mittlerweile eine prozedurale Form angenommen hat. Er ist nicht, wie herkömmliche Kriege, durch rechtliche Strukturen geregelt, sondern längst selbst regelnd geworden, indem er sein eigenes Rechtsgefüge ein- und durchsetzt. Der Krieg in Afghanistan ist als eine Art dauerhafter Ausnahmezustand selbst Souverän geworden. Und es kann in der Tat beunruhigen, wie sehr sich hier Carl Schmitts Diktum bewahrheitet, der Souverän sei derjenige, der über den Ausnahmezustand entscheide.

Mangelnde Parlamentskontrolle

Die Bundeswehr ist eigentlich ihrem Charakter nach eine Parlamentsarmee. Die Abgeordneten und nicht die Regierung sollen über sie verfügen. Doch die parlamentarische Kontrolle dieses Einsatzes der Bundeswehr ist so gut wie nicht gegeben. Die Informationsverweigerungspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag – teils aus Angst vor den politischen Folgen, teils aus Sorge um die Sicherheit der Soldaten – ist für unsere Demokratie untragbar geworden.

Darum ist es jetzt an der Zeit, die Frage nach der Demokratie bezüglich des Afghanistan-Einsatzes anders zu stellen als bisher. Es kann nicht mehr darum gehen, wie denn Afghanistan „demokratisiert" werden könne. Dieses Problem müsste seit den geschobenen Wahlen und der gewaltsamen Eskalation des Konflikts ohnehin anders als bisher betrachtet werden. Es geht darum, was dieser Krieg aus unserer Demokratie denn genau macht. Wir sollten diese Frage in dem Bewusstsein darüber stellen, dass das Gewohnheitsrecht seit jeher einer der Hauptquellen der Rechtsetzung gewesen ist, vor allem im internationalen Recht.

Was die Wikileaks-Dokumente nun deutlicher als bisher vor Augen führen, ist der moralisch höchst zweifelhafte Charakter dieses Einsatzes – und dies, wo doch die Moral in den öffentlichen Diskursen stets einen so hohen Stellenwert bei dessen Rechtfertigung eingenommen hat.

Wie ein Italowestern

Um ein Bild aus der Populärkultur zu verwenden: Der Krieg in Afghanistan entspricht nicht dem klassischen amerikanischen Western, in dem die Charaktere klar definiert und in die „Guten“ und die „Bösen“ geschieden sind. Dieser Krieg entspricht eher der Entzauberung dieses Mythos durch den Italowestern, in dem die Charaktere ambivalent sind, die Motive zumeist schmutzig und das Ende der Geschichte oft unerfreulich. Der Afghanistankrieg ist nicht wie „High Noon“*, er ist vielmehr wie „The Good, the Bad and the Ugly“.**

Was folgt nun aus alledem? Wenn es jetzt an der Zeit für Politik ist, also für eine zivilisiertere Austragung des Konflikts, dann heißt das zunächst, sich der postdemokratischen Souveränität dieses Krieges zu entziehen und das Parlament hierzulande wieder in sein Recht einzusetzen. Zumindest die Opposition sollte sich daher jetzt zusammenraufen und die Mandate für den Einsatz bei der kommenden alljährlichen Mandatsverlängerung geschlossen ablehnen und einen Initiativantrag zur Beendigung des Afghanistan-Einsatzes einbringen.

Für Die Linke hieße dies natürlich, das von ihr zu erwartende „Wir werden schon immer Recht gehabt haben“ nun zugunsten konstruktiver Lösungen zur möglichst schnellen Beendigung dieses Krieges hinten anzustellen. Für die Grünen bedeutet das, das moralische Wollen weit nüchterner als bisher am tatsächlichen Können zu messen. Und für die SPD, sich ihrem historischen Anspruch als Friedenspartei auch mit einer beginnenden Aufarbeitung eigener Fehler endlich wieder bewusst zu werden. Hierbei stehen insbesondere die Parteien gegenüber ihren Fraktionen jetzt in der Pflicht.

In der Bundesregierung und in Washington würde man darüber sicher wenig erfreut sein – zumindest offiziell. In Wahrheit suchen alle bereits nach einem Ausweg. Was nur noch fehlt, ist der erste Schritt – der Mut zur Politik.

* „Zwölf Uhr Mittags“, 1952, Regie: Fred Zinnemann
** „Zwei glorreiche Halunken“, 1966, Regie: Sergio Leone

ROBERT ZION ist Grünen-Politiker in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des globalisierungskritischen Attac-Bündnisses.

© 2010 Financial Times Deutschland

der Freitag

08.11.2010 19:06 Robert Zion

Apropos „Volkspartei“

Von Robert Zion

Es ist schon eigenartig. Da wird der einstige und den Grünen gegenüber immer etwas rüde auftretende Seniorpartner SPD so langsam zum potentiellen und blassen Juniorpartner, da reduziert sich die FDP wieder auf ihre Klientelfunktion, da zappeln CDU/CSU zwischen rechtem Populismus, Konzernlobbyismus und Modernisierungsanspruch hin und her und da führt die Linkspartei die tausendeinhundertste linke Theorie- und Selbstvergewisserungsdebatte im linken Salon – und die Umfragewerte der Grünen gehen durch die Decke. Und schon rätseln die Medien, woher das komme und macht der Gedanke die Runde, ob da nicht mit den Grünen eine Volkspartei neuen Typs im Entstehen begriffen ist.

Tatsächlich eigenartig. Denn das Modell der Volkspartei ist schon längst ein Auslaufmodell. Vorbei sind die Zeiten der Mitgliederparteien, der festen Parteibindungen, des Vertretungsanspruchs ganzer Schichten, Klassen oder - wie es im neueren Soziologendeutsch heißt - „Milieus“. Die Grünen sind vielmehr deshalb so erfolgreich, weil sie das bereits sind, was die anderen Parteien noch lernen müssen zu werden: eine Programm- und Konzeptpartei. Eigenartig auch, dass die öffentliche Meinung dennoch an ihrem Interpretationsmodell, Parteien seien ja immer irgendwie der politische Aushub irgendeiner sozialen Schicht, so hartnäckig festhält: Die Grünen, die Bionade trinkenden Biomarktfrequentierer mit Geld auf dem Konto und Moral im Kopf und deshalb in der „Mitte“ – von was auch immer - angekommenen Bürgersöhnchen und -töchterchen.

In Wirklichkeit täten die Grünen jetzt gut daran, vor dieser neuen Situation sehr, sehr viel Respekt zu entwickeln. Nicht etwa, weil sie jetzt das ganze „Volk“ zu repräsentieren hätten, vielmehr weil der politischen Klasse mit ihren herkömmlichen Politikmodellen dieses Volk zu entgleiten droht. Die Frage jedenfalls, ob die Grünen jetzt die erfolgreichste Partei zu werden scheinen, weil sie am glaubwürdigsten sind, oder aber am wenigsten unglaubwürdig, sollten sie sich jetzt ernsthaft stellen. Zwischen den möglichen Antworten nämlich liegen ganze Welten. Denn es wird offensichtlich wieder einmal viel Hoffnung in die Grünen gesetzt. Hoffnungen, verkrustete Strukturen aufzubrechen, die während der ersten rot-grünen Bundesregierung schon einmal in tiefe Enttäuschungen umgeschlagen sind.

Es ist ja nicht so, dass sich diese verkrusteten Strukturen mit ihren Problemen - des repräsentativen Systems dieser Demokratie, der Vermachtung der Wirtschaft, der Antwortlosigkeit auf den tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt, der auseinanderklaffenden sozialen Schere oder der immer drängender werdenden existenziellen ökologischen Probleme - nicht weiterhin halten würden. Wer jetzt die Grünen als neue Volkspartei einer neuen Mitte deklariert, für den sind dann wahrscheinlich die überdicken Programme und komplexen Konzepte der Partei auch nicht vielmehr, als ein etwas ausführlicherer Ablassbrief fürs eigene schlechte Gewissen angesichts der nicht mehr zu verleugnenden Grenzen der eigenen Lebensweise.

Und auch wenn der Teppich jetzt hochfliegt, auf dem die Partei ja bleiben will, einfacher für sie wird es dadurch keineswegs – im Gegenteil: Mit ihrer Mitglieder- und Anhängerzahl

haben die Grünen gar nicht die Kraft, soziale und ökologische Konflikte zu befrieden. So bleibt ihnen beinahe zwangsläufig nur die Meinungsführerschaft in einem gesellschaftlichen Umbauprozess, der kaum ohne größere politische, wirtschaftliche und soziale Verwerfungen vonstatten gehen wird. Gewissermaßen als Ideenschmiede und diskursprägende Avantgarde – auch wenn dieser Begriff historisch schon seine Kratzer erhalten hat. Aus den ganzen Zuordnungsversuchen der Politikwissenschaft von Parteien zu entsprechenden Milieus hat dann auch der der „Creative Class" noch am meisten Charme. Dass die Gutgebildeten natürlich auch noch in der Regel gut verdienen, kann man durchaus noch ableiten; dass es dann aber zwangsläufig eine negative neuronale Rückkopplung vom dicken Geldbeutel zum Hirn geben soll, müsste noch nachgewiesen werden. Ebenso übrigens, wie die Annahme, dass nur die Arbeiterschaft ein Interesse an Solidarität und Gerechtigkeit haben könne.

Es soll ja noch Politiker geben, die nicht gleich in einen Freudenrausch geraten, wenn sie ein Mandat errungen haben, sondern die dann kurz schlucken und eine gewisse Demut vor der Verantwortung, die sie übernommen haben, entwickeln. Ungefähr das wäre jetzt das richtige grüne Modell. Nicht Heilsbringer sein wollen und nicht fürchten Verräter zu werden. Und um nicht gleich wieder den Begriff der „Vernunft" zu strapazieren, den ja noch jeder dahergelaufene Rechtspopulist gerne im Munde führt – die Grünen sollten aufklären statt abgeklärt daherzureden, mutig sein statt herrisch, pragmatisch statt opportunistisch und natürlich auch visionär statt angepasst. Denn weil eben das „Volk" von der abgeklärten, herrischen, opportunistischen und angepassten Art der anderen so langsam genug hat, darum sucht es nach Alternativen – das heißt wortwörtlich: nach anderen Ursprüngen unseren Zusammenlebens. Mit selbstzufriedenem Konservativismus, endlosen Symboldebatten über „Werte", Restaurationsversuchen an der schmaler werdenden „Mitte" oder Durchsetzungsversuchen eines neuen bürgerlichen Egoismus, haben diese Alternativen nicht das Geringste zu tun. Viel eher schon mit der Überlebens- und das heißt heute auch Erneuerungsfähigkeit unserer Demokratie.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/apropos-volkspartei